

**Förderung von
einzelbetrieblichen Investitionen
in der Landwirtschaft
(Einzelbetriebliches Förderungsprogramm - EFP)**

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
vom (8605 7-130)
in der Fassung vom

Inhaltsverzeichnis:

Teil 1 Gemeinsame Regelungen

Teil 2 Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

Teil 3 Förderung von Investitionen zur Diversifizierung (FID)

Teil 4 Förderung von Investitionen für Spezialmaschinen (FIS)

Teil 5 Förderung der Niederlassung von Junglandwirtinnen und Junglandwirten (FNJ)

Teil 6 Verfahrensregelungen

Teil 7 Schlussbestimmungen

Teil 1

Gemeinsame Regelungen

1 Rechtsgrundlagen, Zuständigkeits- und Finanzierungsbestimmungen

1.1 Die Förderung erfolgt auf der Grundlage

- der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. EG Nr. L 277 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit den hierzu ergangenen Durchführungsvorschriften,
- des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG) vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem jeweiligen vom Planungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" beschlossenen Rahmenplan und
- des jeweils gültigen Entwicklungsprogramms Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL) für den ländlichen Raum des Landes Rheinland-Pfalz nach Artikel 15 ELER-Verordnung

nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift, der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) und der Verwaltungsvorschrift über den Vollzug der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 20. Dezember 2002 (MinBl. 2003 S. 22) in der jeweils geltenden Fassung.

- 1.2** Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendungen besteht nicht; die Bewilligungsbehörde (Nummer 24) entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- 1.3** Das für die Agrarförderung zuständige Ministerium (Ministerium) behält sich vor, Prioritäten zu setzen und Konditionen festzulegen, um eine zielgerichtete Förderungsdurchführung sicherzustellen oder das Antragsvolumen und die zur Verfügung stehenden Mittel aufeinander abzustimmen.
- 1.4** Im Wege der Projektförderung werden die Zuwendungen nach den Teilen 2 bis 4 dieser

Verwaltungsvorschrift als Anteilsfinanzierung und nach deren Teil 5 als Festbetragsfinanzierung gewährt.

- 1.5 Dasselbe Vorhaben darf nur nach einem der Programme dieser Verwaltungsvorschrift (Teile 2 bis 5) gefördert werden.
- 1.6 Nach dieser Verwaltungsvorschrift zu fördernde Vorhaben dürfen nicht aus Mitteln anderer öffentlicher Programme gefördert werden.

Abweichend hiervon ist die Kumulation mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder der Förderbanken der Länder bei Einhaltung der in dieser Verwaltungsvorschrift genannten beihilferechtlichen Förderhöchstgrenzen zulässig.

- 1.7 Von einer Förderung nach dieser Verwaltungsvorschrift ausgeschlossen sind Investitionen nach Nr. 3.2.1 und 3.2.2, soweit diese ganz oder teilweise gleichzeitig der Erzeugung, Vermarktung oder Verarbeitung im Sektor Wein betreffen. Dies gilt nicht für Teil 5 dieser Verwaltungsvorschrift, soweit der Bereich der Traubenerzeugung betroffen ist.

Teil 2

Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

2 Zuwendungszweck

- 2.1 Zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft können investive Vorhaben in Unternehmen gefördert werden.

Die Interessen der Verbraucher, die Entwicklung des ländlichen Raums, die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen sind zu berücksichtigen.

- 2.2 Die Förderung der Vorhaben soll folgenden Zielen dienen:

- 2.2.1 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch

- Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen,
- Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten,
- Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung,

- 2.2.2 Verbesserung der baulichen und technischen Bedingungen für eine besonders tiergerechte Haltung.

3 Gegenstand der Förderung

- 3.1 Förderungsfähig sind nach Artikel 26 Abs. 1 Buchst. a der ELER-Verordnung Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter, die

- 3.1.1 der Erzeugung und begrenzt auf die Eigenproduktion der Verarbeitung (Nummer 7.1) oder Vermarktung einschließlich Direktvermarktung von Erzeugnissen nach Anhang I des EG-Vertrags und

- 3.1.2 durch Schaffung der baulichen und technischen Voraussetzungen mindestens einem der Ziele nach Nummer 2.2 dienen.

- 3.2 Bemessungsgrundlage der Förderung von Investitionen nach Nr. 3.1 sind die nachfolgend aufgeführten notwendigen förderfähigen Ausgaben für:

- 3.2.1 Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen,

- 3.2.2 Erwerb von neuen Maschinen und Anlagen der Innenwirtschaft, bei Computern nur die für den Produktionsprozess notwendige Software, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsgutes,

3.2.3 Erschließung eines Aussiedlungsstandorts,

3.2.4 Architekten- und Ingenieurleistungen in Höhe von bis zu 12 v. H. der nach Nummern 3.2.1 und 3.2.3 förderungsfähigen Ausgaben.

3.3 Eingeschränkte Förderung

3.3.1 Betriebliche Referenzmengen

Investitionen in Bereichen mit betrieblichen Referenzmengen können nur im Rahmen dieser Referenzmengen gefördert werden. Dies gilt nicht für Investitionen im Bereich der Milcherzeugung.

Der Nachweis der betrieblichen Referenzmenge ist spätestens zusammen mit der Vorlage des Schlussverwendungsnachweises zu erbringen.

3.3.2 Landankauf

Die Förderung des Landankaufs durch den Erwerb der notwendigen Baufläche ist nur zur Verlegung des Betriebes oder wesentlicher Betriebsteile in den Außenbereich oder zur Zusammenführung von getrenntem Boden- und Gebäudeeigentum zulässig.

Die Ausgaben für einen förderungsfähigen Landankauf können in Höhe von bis zu 10 v. H. berücksichtigt werden.

3.3.3 Flächenbindung in der Tierhaltung

Eine Förderung im Bereich der Tierhaltung darf nur erfolgen, wenn nach Abschluss der Investition die für die Tierhaltung geltenden Schwellenwerte der Nummer 7.1, Spalte 2, des Anhangs der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung vom 14. März 1997 (BGBl. I S. 504) in der jeweils geltenden Fassung eingehalten werden.

Nach Abschluss der Investitionen im Bereich der Tierhaltung darf der Viehbesatz des landwirtschaftlichen Unternehmens zwei Großvieheinheiten (GV) je Hektar selbstbewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche nicht überschreiten.

Die Bewertung des Viehs wird dabei in GV nach dem Umrechnungsschlüssel gemäß Anlage 2 ausgedrückt.

3.4 Von der Förderung sind ausgeschlossen:

3.4.1 in der Tierhaltung:

- Neuinvestitionen für die Anbindehaltung und bei Rinderhaltung für Vollspalten- und voll-perforierte Böden,
- Investitionen für die Käfighaltung,

3.4.2 Ersatzinvestitionen, ausgenommen solche mit technischer oder wirtschaftlicher Verbesserung,

3.4.3 Investitionen in Wohnungen, Verwaltungsgebäude, Herstellung von Dauerkulturanlagen sowie Maschinen und Geräte für die Außenwirtschaft,

3.4.4 Erwerb von Patent-, Produktions-, Pflanz- und Lieferrechten, Lizenzen, Gesellschaftsanteilen, Pflanzen und Tieren,

3.4.5 laufende Betriebsausgaben, Ablösung von Verbindlichkeiten, Erbabfindungen, Kreditbeschaffungs- und sonstige Finanzierungskosten,

3.4.6 Ausgaben für Beratung in Rechts- und sonstigen Sachen, Betreuung, Durchführbarkeitsstudien, behördliche Prüfungen, Genehmigungen und Abnahmen,

3.4.7 Umsatzsteuer und unbare Eigenleistungen.

4 Zuwendungsempfänger

4.1 Gefördert werden können natürliche und juristische Personen und ihre Unternehmen, unbe-

schadet der gewählten Rechtsform,

- 4.1.1 deren Geschäftstätigkeit zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 v. H. der Umsatzerlöse) darin besteht, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen, und die die in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890) in der jeweils geltenden Fassung genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten. Als Tierhaltung gelten auch Imkerei und Wanderschäferei, oder
- 4.1.2 die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.
- 4.2 Nicht gefördert werden Unternehmen,
 - 4.2.1 bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 v. H. des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt,
 - 4.2.2 die im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 (ABl. EG Nr. L 124 S. 36) in der jeweils geltenden Fassung weder Kleinunternehmen noch kleine und mittlere Unternehmen sind,
 - 4.2.3 die sich im Sinne der Mitteilung der Kommission betreffend Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (2004/C 244/02) (ABl. EG Nr. C 244 S. 2) in der jeweils geltenden Fassung in Schwierigkeiten befinden.

5 Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Prosperitätsgrenze

Die Summe der positiven Einkünfte der zu fördernden Personen darf zum Zeitpunkt der Antragstellung im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Einkommensteuerbescheide 120 000 EUR je Jahr bei Ledigen und 150 000 EUR je Jahr bei Ehegatten nicht überschritten haben. In begründeten Einzelfällen genügt es, zur Feststellung der Summe der positiven Einkünfte den letzten vorliegenden Einkommensteuerbescheid heranzuziehen.

Bei Personengesellschaften und juristischen Personen gelten diese Voraussetzungen für alle Gesellschafter, Genossenschaftsmitglieder und Aktionäre (jeweils einschließlich ihrer Ehegatten), sofern diese hauptberuflich im Unternehmen tätig sind oder über einen Kapitalanteil von mehr als 5 v. H. verfügen. Falls die Summe der positiven Einkünfte eines der vorgenannten Kapitaleigner die nach Absatz 1 festgelegten Grenzen überschreitet, werden die förderungsfähigen Ausgaben um den Anteil vom Hundert gekürzt, der dem Kapitalanteil dieses Kapitaleigners entspricht.

5.2 Berufliche Qualifikation

Die zu fördernden Personen haben berufliche Fähigkeiten für eine ordnungsgemäße Führung des Unternehmens nachzuweisen.

Diese Voraussetzung muss bei juristischen Personen und Personengesellschaften mindestens ein Mitglied der Unternehmensleitung erfüllen.

5.3 Buchführung

Grundsätzlich sind die zwei letzten Buchführungsjahresabschlüsse (Vorwegbuchführung) vorzulegen.

5.4 Wirtschaftlichkeit

Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und der durchzuführenden Maßnahmen ist anhand des Investitionskonzepts nach vorgegebenem Muster und zugehörigen Vorgaben (z. B. hinsichtlich Eigenkapitalbildung und Wirtschaftlichkeitsentwicklung) nachzuweisen.

5.5 Existenzgründung

Bei Unternehmen, die während des Zeitraums von höchstens zwei Jahren vor der Antragstellung gegründet wurden und auf eine erstmalige selbständige Existenzgründung zurück-

gehen, gelten die Voraussetzungen nach Nummern 5.1 bis 5.4 mit der Maßgabe, dass

- statt einer angemessenen Eigenkapitalbildung ein angemessener Eigenkapitalanteil am Unternehmen und am zu fördernden Vorhaben vorliegt und
- die Wirtschaftlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen über das Investitionskonzept hinaus durch eine differenzierte Planungsrechnung nachgewiesen wird.

Diese Bestimmungen gelten nicht für Unternehmen, die infolge einer Betriebsteilung oder im Rahmen der Hofnachfolge neu gegründet werden.

- 5.6 Bei einer Junglandwirteförderung müssen nach Nummer 6.5 zu fördernde Personen zusätzlich zur Erfüllung der Voraussetzungen nach Nummern 5.1 bis 5.4 und gegebenenfalls Nummer 5.5 nachweisen, dass
- 5.6.1 sie zum Zeitpunkt der Einzelentscheidung über die Förderung das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- 5.6.2 die geförderten Investitionen während des Zeitraums von fünf Jahren nach ihrer erstmaligen Niederlassung als Allein- oder Mitunternehmer in einem landwirtschaftlichen Unternehmen getätigt werden und
- 5.6.3 das Unternehmen den nach den Standardnormen des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) ermittelten Arbeitsbedarf von mindestens 1,0 Arbeitskrafteinheiten (AK) erreicht oder überschreitet. Dies gilt bei einer Niederlassung als Mitunternehmer für den Anteil der antragstellenden Person an dem Gesellschaftsunternehmen.

6 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

- 6.1 Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.
- 6.2 Die förderungsfähigen Ausgaben müssen mindestens 30 000 EUR betragen.
- 6.3 Die förderungsfähigen Ausgaben werden auf bis zu insgesamt 2,0 Mio. EUR je Unternehmen begrenzt.

Diese Obergrenze kann in den Jahren 2007 bis 2013 höchstens einmal ausgeschöpft werden.

Der Gesamtwert der Zuwendungen nach den Nummern 6.4 und 6.5, ausgedrückt als Prozentsatz der förderfähigen Ausgaben, darf den Wert von 40 v.H. nicht überschreiten.

- 6.4 **Bezogen auf die Bemessungsgrundlage (Nummer 3.2) können folgende Zuschüsse gewährt werden:**

Bei Investitionen (einschließlich der erforderlichen Erschließungsausgaben) zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kann ein Zuschuss von bis zu 15 v.H. der förderfähigen Ausgaben gewährt werden.

Davon abweichend werden folgende Zuschüsse gewährt:

6.4.1 Milchviehhaltung

Bis zu 20 v.H. bei Investitionen (einschließlich der erforderlichen Erschließungsausgaben), die die baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung nach der Anlage 1 zu dieser Verwaltungsvorschrift erfüllen oder

bis zu 25 v.H. bei Investitionen (einschließlich der erforderlichen Erschließungsausgaben), die die baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung erfüllen und zusätzlich eine Aufstallung auf Stroh vorsehen.

6.4.2 Schweinehaltung

Bis zu 25 v.H. bei Investitionen (einschließlich der erforderlichen Erschließungsausgaben), die die baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung nach der Anlage 1 zu dieser Verwaltungsvorschrift erfüllen oder

bis zu 30 v.H. bei Investitionen (einschließlich der erforderlichen Erschließungsausgaben),

die die baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung erfüllen und zusätzlich eine Aufstallung auf Stroh vorsehen.

6.4.3 sonstige Tierhaltung (Geflügel, Schafe, Ziegen)

Bis zu 25 v.H. bei Investitionen (einschließlich der erforderlichen Erschließungsausgaben), die die baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung nach der Anlage 1 zu dieser Verwaltungsvorschrift erfüllen.

6.5 Junglandwirteförderung

6.5.1 Personen nach Nummer 5.6 kann einmalig je Person zusätzlich ein Zuschuss von bis zu 10 v. H. der für die zu fördernde Person anteiligen Bemessungsgrundlage, jedoch höchstens 20 000 EUR, gewährt werden.

6.5.2 Die Junglandwirteförderung wird in demselben Unternehmen nur erneut gewährt, wenn seit der entsprechenden Förderung des letzten Unternehmensinhabers der Vorgeneration (Eltern der zu fördernden Person oder ihnen generationsmäßig vergleichbare verwandte oder nicht verwandte Personen) mehr als 15 Jahre vergangen sind.

6.6 Zuschussobergrenze

Es gilt je Investitionsvorhaben eine Zuschussobergrenze von 200.000 EUR.

7 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

7.1 Unter der Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses ist die Einwirkung auf ein im Anhang I des EG-Vertrags genanntes Erzeugnis zu verstehen, bei der auch das durch die Einwirkung entstehende Produkt zu den im Anhang I des EG-Vertrags aufgeführten Erzeugnissen zählt.

7.2 Bau- und Erschließungsvorhaben

Bei zu fördernden Bau- und Erschließungsvorhaben sind die Kostenabgrenzungen und die Kostenberechnungen nach den Vorschriften der DIN 276 (Kosten im Hochbau) vorzunehmen.

Der Umfang der für die Vorhaben zu erbringenden unbaren Eigenleistungen ist durch die Berechnung einer für Architekten- und Ingenieurleistungen fachkundigen Person nachzuweisen.

Teil 3

Förderung von Investitionen zur Diversifizierung (FID)

8 Zuwendungszweck

Die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft bedingen deren stetigen Strukturwandel. Viele Inhaber landwirtschaftlicher Unternehmen werden kein ausreichendes Einkommen aus der landwirtschaftlichen Produktion erwirtschaften können. Daher sollen die Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen aus selbständiger Tätigkeit unterstützt und damit ein Beitrag zur Erhaltung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raums geleistet werden.

9 Gegenstand der Förderung

9.1 Förderungsfähig sind Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen im ländlichen Raum, die nach Artikel 53 ELER-Verordnung der Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten dienen und den Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen (ABl. EG Nr. L 379 S. 5) in der jeweils geltenden Fassung entsprechen.

9.2 Investitionsvorhaben, die nur die Erzeugung von Erzeugnissen nach Anhang I des EG-

Vertrags betreffen, sind nicht förderungsfähig.

9.3 Eingeschränkte Förderung

9.3.1 Im Bereich Urlaub auf dem Bauern- und Winzerhof muss die Anzahl von mindestens sechs Gästebetten (in mindestens drei Gästezimmern oder mindestens zwei Ferienwohnungen) erreicht werden, und die Gesamtkapazität von 25 Gästebetten darf nicht überschritten werden.

9.3.2 Investitionen in Biogasanlagen werden nur gefördert, wenn der Gärrestelagerbehälter während der gesamten Lagerungsdauer gasdicht abgedeckt ist, so dass keine schädlichen Klimagase entweichen können und wenn mindestens 50 v.H. der beim Betrieb der Biogasanlage entstehenden Abwärme genutzt wird. Der Nachweis ist durch Vorlage eines entsprechenden Nutzungskonzeptes zu erbringen.

9.3.3 Bei Brennereien sind nur Investitionen im Bereich der Direktvermarktung von Abfindungs- sowie Verschlusskleinbrennereien mit einer jährlichen Alkoholproduktion bis zu 10 Hektoliter förderungsfähig. Brennereigeräte sind nicht förderungsfähig.

9.4 Nummern 3.2 bis 3.2.4, 3.3.2 und 3.4.2 bis 3.4.7 gelten entsprechend.

10 Zuwendungsempfänger

10.1 Gefördert werden können Zuwendungsempfänger nach Nummer 4.1.

10.2 Nummer 4.2 gilt entsprechend.

11 Zuwendungsvoraussetzungen

Nummern 5.1 bis 5.5 und 7.2 gelten entsprechend.

12 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

12.1 Nummer 6.1 gilt entsprechend.

12.2 Die förderungsfähigen Ausgaben müssen mindestens 10 000 EUR betragen.

12.3 Die einem Unternehmen in dem Referenzzeitraum (Absatz 2) nach EFP für Investitionen zur Diversifizierung gewährten De-minimis-Beihilfen dürfen den Gesamtwert von 100 000 EUR nicht übersteigen.

Der Referenzzeitraum umfasst das laufende Kalenderjahr bis zum Ablauf des Tages der Bewilligung und die zwei davor liegenden Kalenderjahre.

12.4 Bezogen auf die Bemessungsgrundlage (Nummer 3.2) können folgende Zuschüsse gewährt werden:

12.4.1 bis zu 10 v. H. bei Investitionen zur Stromproduktion für Dritte mit Abgabevergütung gemäß Artikel 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074) in der jeweils geltenden Fassung,

12.4.2 bis zu 22,5 v. H. bei sonstigen förderungsfähigen Ausgaben.

Teil 4

Förderung von Investitionen für Spezialmaschinen (FIS)

13 Zuwendungszweck

Zur Verbesserung der umweltschonenden Landbewirtschaftung soll die Modernisierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Investitionen in Spezialmaschinen, Zusatzgeräte und Informationstechnik unterstützt werden.

14 Gegenstand der Förderung

14.1 Förderungsfähig sind die Ausgaben für den Kauf folgender neuer Gegenstände:

14.1.1 anerkannte Maschinensysteme einschließlich Zusatzgeräten (Direktzugsysteme mit stufen-

losem hydrostatischem Antrieb und variable Steillagenmechanisierungssysteme) zur Bewirtschaftung von Rebflächen in den amtlich festgestellten rheinland-pfälzischen Weinbausteillagen,

- 14.1.2 anerkannte Maschinen zur Pflanzenschutzmittelausbringung im Obst- und Weinbau,
- 14.1.3 Zusatzgeräte an Ausbringungsfahrzeugen zur bodennahen Flüssigmistausbringung, z. B. Schleppschlauch- oder Schleppschuhverteiler, Schlitzearbeitungsgeräte oder sonstige entsprechende Einarbeitungsgeräte,
- 14.1.4 globale Positionierungssysteme (GPS) einschließlich Zusatzgeräten auf landwirtschaftlichen Zugmaschinen oder selbstfahrenden Arbeitsmaschinen sowie geeigneter Schnittstellensoftware und mit Geoinformationssystemen kompatibler Schlagkarteissoftware zur
 - Leistungsdatenübermittlung mit Positionsdaten an PC-Managementsysteme,
 - standortbezogenen Maschinensteuerung.

14.2 Nummer 3.4.6 gilt entsprechend.

14.3 Bemessungsgrundlage der Förderung sind die in Nr. 14.1 für förderfähige Gegenstände aufgeführten notwendigen Ausgaben.

15 Zuwendungsempfänger

- 15.1 Unternehmen der Landwirtschaft, unbeschadet der gewählten Rechtsform, welche die in § 1 Abs. 2 ALG genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten.
- 15.2 Unternehmen, unbeschadet der gewählten Rechtsform, die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.
- 15.3 Nummer 4.2 gilt entsprechend.

16 Zuwendungsvoraussetzungen

Nummern 5.1 bis 5.4 gelten entsprechend, bei Nummer 5.3 mit der Maßgabe, dass grundsätzlich die Vorlage des letzten Buchführungsjahresabschlusses genügt.

17 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

- 17.1 Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.
- 17.2 Die förderungsfähigen Ausgaben müssen mindestens 10 000 EUR betragen.
- 17.3 **Bezogen auf die Bemessungsgrundlage (Nummer 14.3) kann ein Zuschuss in Höhe von bis zu 27 v. H. gewährt werden.**
- 17.4 Die Zuschüsse werden auf bis zu insgesamt 35 000 EUR je Unternehmen begrenzt.
Diese Obergrenze kann in den Jahren 2007 bis 2013 höchstens einmal ausgeschöpft werden.

Teil 5

Förderung der Niederlassung von Junglandwirtinnen und Junglandwirten (FNJ)

18 Zuwendungszweck

Zur Erleichterung der erstmaligen Niederlassung in einem landwirtschaftlichen Unternehmen kann Junglandwirtinnen und Junglandwirten eine Zuwendung gewährt werden.

19 Gegenstand der Förderung

- 19.1 Förderungsfähig sind die Ausgaben für folgende nach der erstmaligen Niederlassung durchgeführte Vorhaben:
 - 19.1.1 nach den Teilen 2 und 3 dieser Verwaltungsvorschrift förderungsfähige Gegenstände,

19.1.2 Kauf von neuen Maschinen für die Außenwirtschaft,

19.1.3 Investitionen im Sektor Wein, soweit diese den Bereich der Traubenerzeugung betreffen,

19.1.4 Ausgaben infolge der Unternehmensübernahme für:

- Notar- und Gerichtsgebühren,
- Erbabfindungen nach Ertragswert aufgrund notariellen Vertrags,
- Tilgung von Kapitalmarktdarlehen, die vom Unternehmensübergeber vor dem 1. Januar 1996 für betriebliche Investitionen im landwirtschaftlichen Unternehmen aufgenommen wurden.

19.2 Im Übrigen gelten die Nummern 3.3, 3.4 und 9.3 entsprechend, soweit nach Nummern 19.1.2 bis 19.1.4 nichts anderes bestimmt ist.

20 Zuwendungsempfänger

20.1 Gefördert werden können Personen, die

- 20.1.1 zum Zeitpunkt der Einzelentscheidung über die Förderung das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet und
- 20.1.2 sich erstmalig als Allein- oder Mitunternehmer in einem Unternehmen nach Nummer 4.1 niedergelassen haben.

20.2 Nummer 4.2 gilt entsprechend.

21 Zuwendungsvoraussetzungen

- 21.1 Die Einzelentscheidung über die Förderung muss innerhalb von 18 Monaten nach dem erstmaligen Niederlassungszeitpunkt der zu fördernden Person getroffen werden.
- 21.2 Nummern 5.1 bis 5.5 und 5.6.3 gelten entsprechend, bei Nummer 5.3 mit der Maßgabe, dass grundsätzlich die Vorlage des letzten Buchführungsjahresabschlusses genügt.

22 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

- 22.1 Die Zuwendung wird in Form eines Zuschusses gewährt.
- 22.2 Die förderungsfähigen Ausgaben jeder geförderten Person müssen mindestens 25 000 EUR betragen.
- 22.3 Ein Zuschuss wird einmalig je Person in Höhe von bis zu 10 000 EUR gewährt.
- 22.4 Nummer 6.5.2 gilt entsprechend.

Teil 6

Verfahrensregelungen

23 Für Antragstellung, Bewilligung, Ablehnung, Verwendungsprüfung, Auszahlung, Abrechnung, Kontrollen, Evaluation, Aufhebung von Bescheiden und Rückforderung von Zuwendungen nebst Erhebung von Zinsen finden die Vorschriften des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes vom 23. Dezember 1976 (GVBl. S. 308, BS 2010/3) in der jeweils geltenden Fassung sowie des Subventions-, Haushalts- und Europäischen Gemeinschaftsrechts Anwendung, soweit in dieser Verwaltungsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

24 Zuständigkeit

Zuständige Behörde ist das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Mosel (Bewilligungsbehörde).

25 Antragstellung

25.1 Die Zuwendungen sind mit schriftlichem Antrag nach vorgegebenem Muster und den erfor-

derlichen Nachweisen zu beantragen. Der Antrag ist von den antragstellenden Personen bei der Bewilligungsbehörde einzureichen und gilt als gestellt, wenn er vollständig eingegangen ist und dies von der Bewilligungsbehörde bestätigt wurde.

Zur Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen kann die Bewilligungsbehörde die Vorlage weiterer Unterlagen verlangen.

- 25.2 Eine Einwilligung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn ist in begründeten Einzelfällen, jedoch grundsätzlich nur bei bewilligungsreif geprüften Anträgen, auf formlosen schriftlichen Antrag hin zulässig.

26 Bewilligung

- 26.1 Die Zuwendungen werden unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall gewährt, dass ab dem Zeitpunkt der Genehmigung des Schlussverwendungsnachweises die geförderten

- mobilen technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräte innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren,
- Grundstücke, Bauten, baulichen Anlagen und sonstigen Vermögensgegenstände innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren

veräußert, verpachtet oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

- 26.2 Mit der Durchführung eines bewilligten Förderungsvorhabens muss umgehend, jedoch grundsätzlich innerhalb der sechs Monate nach Gewährung der Förderung, begonnen werden.

- 26.3 Die Nummern 3.1 bis 3.2 der Allgemeinen Nebenbestimmungen Teil I/Anlage 3 (ANBest-P) zu § 44 VV-LHO werden nicht angewandt.

Stattdeshhen hat der Zuwendungsempfänger Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben. Falls mehrere Anbieter am Markt vertreten sind, müssen mindestens drei Angebote eingeholt werden.

27 Auszahlung

Die Auszahlung der Zuwendungen wird vom Ministerium auf das von den geförderten Personen bestimmte Konto bei ihrem Kreditinstitut veranlasst.

28 Rückforderungen und Sanktionen

Das Verwaltungsverfahren richtet sich nach dem Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) vom 23. Dezember 1976 (GVBl. S. 308, BS 2010-3) in der jeweils geltenden Fassung. Die Zuwendung ist zurück zu fordern, wenn der Bewilligungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht, Haushaltsrecht oder nach sonstigen Rechtsvorschriften von Anfang an unwirksam ist oder mit Wirkung für die Vergangenheit aufgehoben wird. Die Aufhebung des Bewilligungsbescheides sowie die Rückforderung der Zuwendung richtet sich nach dem § 1 des LVwVfG in Verbindung mit §§ 48 bis 49 a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102) in der jeweils geltenden Fassung.

Ein zu erstattender Betrag ist nach Eingang der Hauptforderung mit 5 v.h. über dem jeweiligen Basiszinssatz für das Jahr zu verzinsen. Für die Berechnung der Zinsen ist § 1 des LVwVfG in Verbindung mit den §§ 49 a Abs. 3 des VwVfG und § 44 Abs. 1 der LHO, insbesondere Teil I und Anlage 3 zu Teil I.

Für Kürzungen und Ausschlüsse gilt Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 65/2011 der Kommission vom 27. Januar 2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates hinsichtlich der Kontrollverfahren und der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen bei Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ABl. EU Nr. L 25 S. 8) in der jeweils geltenden Fassung. Im Falle von fehlenden oder grob fahrlässig oder vorsätzlich gemachten falschen Angaben findet Artikel 30 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 65/2011 Anwendung.

29 Evaluations- und Kontrollmaßnahmen

- 29.1 Die für die Evaluation der Förderung erforderlichen Daten sind nach Vorgabe des Ministeriums zu erheben und bereitzustellen.
- 29.2 Die Europäische Kommission, der Europäische Rechnungshof, der Bundesrechnungshof, der Rechnungshof Rheinland-Pfalz, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, die Bescheinigende Stelle für EU-Agrarförderung im Ministerium der Finanzen, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die Bewilligungsbehörde und die für den Vollzug des Landwirtschafts-, Umweltschutz- und Lebensmittelrechts zuständigen Fachbehörden haben das Recht, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendungen, die Einhaltung der im Bescheid festgelegten Bestimmungen, Auflagen und Bedingungen sowie weitere Förderungssachverhalte durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zu prüfen und Auskünfte einzuholen oder durch Beauftragte prüfen und Auskünfte einzuholen zu lassen.
- 29.3 Die den geförderten Personen durch die Vorlage von Unterlagen und die Evaluations- und Kontrollmaßnahmen entstehenden Aufwendungen werden nicht erstattet.

Teil 7

Schlussbestimmungen

30 Diese Verwaltungsvorschrift¹ tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in Kraft.

- 31 Für die Abwicklung der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verwaltungsvorschrift bewilligten Verfahren sind die bisherigen Regelungen weiter anzuwenden.

Anlage 1

(zu Nummer 6.4.1 bis 6.4.3)

Mit den zu fördernden Investitionen sind die baulichen und technischen Voraussetzungen zur Einhaltung der folgenden Anforderungen zu schaffen:

Generelle Anforderung:

Ställe müssen so beschaffen sein, dass deren tageslichtdurchlässige Flächen mindestens

- 3 v. H. der Stallgrundfläche bei Mastschweinen, Zuchtsauen, Zuchtebern und Ferkeln sowie
- 5 v. H. der Stallgrundfläche bei allen übrigen Tierarten

betragen.

Anforderungen an Laufställe für Milchkühe und Aufzuchtrinder

- Förderungsfähig sind Liegeboxenlaufställe oder Mehrflächenställe (z. B. Tiefstreu- oder Tretmiststall).
- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Bei Vorratsfütterung ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,2 : 1 zulässig.
- Die spaltenfreie Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 5 m² je Großvieheinheit betragen.

¹ Verwaltungsvorschrift vom 23.11.2009 geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 08.02.2011 (8605 7-130).

- Laufgänge müssen ausreichend breit sein, so dass sich die Tiere stressfrei begegnen können.
- Im Falle von Liegeboxen ist für jedes Tier eine Liegebox bereitzustellen.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem komfortschaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden können.

Anforderungen an die Kälberhaltung

- Der Stall muss so beschaffen sein, dass die Kälber ab der 5. Lebenswoche in Gruppen gehalten werden können.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere einer Gruppe gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden können.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren entweder während der Weideperiode täglich ein Auslauf mit freiem Zugang zu einer Tränkvorrichtung geboten werden kann oder die Tiere im Offenstall (einschließlich Kälberhütten) gehalten werden.

Anforderungen an Haltungsformen in der Rindermast (außer Mutterkuhhaltung)

- Für jedes Tier ist ein Grundfutterfressplatz bereitzustellen, dessen Breite ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können. Bei Vorratsfütterung ist ein Tier-Fressplatz-Verhältnis von 1,5 : 1 zulässig.
- Perforierte Böden (mit einer Spaltenbreite von maximal 3,5 cm) dürfen höchstens 50 v. H. der nutzbaren Stallfläche ausmachen.
- Die verfügbare Fläche muss
 - bis 350 kg Lebendgewicht mindestens 3,5 m²/Tier und
 - über 350 kg Lebendgewicht mindestens 4,5 m²/Tier betragen.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder anderem komfortschaffenden Material (Komfortmatten geprüfter und anerkannter Qualität) versehen werden können.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.

Anforderungen an die Haltung von Mutterkühen

- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 5 m²/Großvieheinheit betragen.
- Die Liegefläche muss so bemessen sein, dass alle Tiere gleichzeitig liegen können.
- Die Liegefläche muss ausreichend mit geeigneter Einstreu versehen werden können.
- Der Stall muss über einen Zugang zu einem befestigten Auslauf verfügen, der so bemessen ist, dass er für den Aufenthalt der gesamten Herde ausreicht.

Anforderungen an die Haltung von Mastschweinen

- Für je 6 Tiere ist eine Tränke bereitzustellen.
- Die Gruppengröße muss, soweit es die Bestandsgröße zulässt, mindestens 20 Tiere umfassen.
- Die Buchten müssen so groß und so gestaltet sein, dass sie in Fressbereich, Liegebereich und Bewegungs-/Abkotbereich strukturiert werden können.
- Für Zuchtläufer und Mastschweine muss eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 v. H. größer als nach § 24 Abs. 2 der Verordnung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere und anderer zur Erzeugung tierischer Produkte gehaltener Tiere bei ihrer Haltung (Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung - TierSchNutzV) vom 22.

August 2006 (BGBl. I S. 2043, 2044) in der jeweils geltenden Fassung vorgeschrieben ist. Der Liegebereich muss

- ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder mit Tiefstreu versehen werden können oder
- mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein, wobei im Stall für alle Tiere zugänglich mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen müssen. Geeignet hierfür sind:
- Holz an Ketten,
- eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futteraufnahme ausdehnt und eine Beschäftigung induziert,
- Strohraufen oder vergleichbare Elemente.

Anforderungen an die Haltung von Zuchtsauen und Zuchtebern

- Die Haltungseinrichtung für Eber muss eine Fläche aufweisen, die mindestens 20 v. H. größer als nach § 20 TierSchNutzTV vorgeschrieben ist.
- Für Jungsauen und Sauen muss im Zeitraum von über vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin eine uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche zur Verfügung stehen, die mindestens 20 v. H. größer als nach § 25 Abs. 2 TierSchNutzTV vorgeschrieben ist. Der Liegebereich muss im genannten Produktionsabschnitt
- ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu oder mit Tiefstreu versehen werden können oder
- mit einer Komfortliegefläche ausgestattet sein, wobei im Stall für alle Tiere zugänglich mindestens drei verschiedenartige manipulierbare Beschäftigungselemente in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehen müssen. Geeignet hierfür sind:
 - Holz an Ketten,
 - eine besondere Fütterungstechnik, die die Dauer der Futteraufnahme ausdehnt und eine Beschäftigung induziert,
 - Strohraufen oder vergleichbare Elemente.
- Im Falle der Trogfütterung ist je Sau bzw. Jungsau ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite es zulässt, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Die Fläche je Abferkelbucht muss mindestens 4,5 m² betragen.
- Der Kastenstand muss so gestaltet sein, dass er nach dem Abferkeln dauerhaft geöffnet werden kann. Die Sau muss sich dann ungehindert umdrehen können.

Anforderungen an die Haltung von Ziegen

- Für jedes Tier ist ein Fressplatz bereitzustellen, dessen Breite dazu ausreicht, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können.
- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- bzw. Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 1,5 m²/Ziege und 0,35 m²/Zicklein betragen.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können.
- Neben der oben genannten nutzbaren Stallfläche sind zusätzlich mindestens 0,5 m²/Ziege nutzbare Liegeflächen zu schaffen, die gegenüber der übrigen Stallfläche erhöht sind und auf unterschiedlichem Niveau mindestens 3 Stufen vorsehen; ergänzend sind Voraussetzungen für Springmöglichkeiten zu schaffen.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf mit ausreichenden und geeigneten Klettermöglichkeiten zur Verfügung steht.

- Es müssen Zickleinnester vorhanden sein, die so bemessen sind, dass alle Zicklein gleichzeitig liegen können.
- In Stall und Auslauf müssen ausreichend Bürsten und Reibungsflächen zur Verfügung stehen.

Anforderungen an die Haltung von Schafen

- Der Stallraum muss mit einem planbefestigten Boden sowie einer Ablamm- bzw. Absonderungsbucht ausgestattet sein.
- Die nutzbare Stallfläche muss mindestens 1,5 m²/Schaf und 0,35 m²/Lamm betragen.
- Liegeplätze müssen ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können.
- Die Anlage muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf zur Verfügung steht, der so bemessen und gestaltet ist, dass er für die Sammlung und den Aufenthalt der Herde ausreicht.
- Die Auslaufläche (Abtriebeinrichtung) muss mit einem Klauenbad einschließlich Zutriebeinrichtung ausgestattet sein.

Anforderungen an die Freilandhaltung von Legehennen

- Der Stall muss mit einem Dachüberstand von mindestens 2 m über die gesamte mit Ausschlupflöchern versehene Stallseite verfügen; die gesamte Fläche unter dem Dachüberstand muss befestigt sein.
- Im Außenbereich müssen
 - für alle Tiere ausreichende Schutzeinrichtungen natürlicher oder baulicher Art (z. B. Unterstände, Bäume, Sträucher) zur Verfügung stehen, die ausreichend breit und so verteilt und zusammenhängend angelegt sind, dass sie von den Hühnern an jeder Stelle des Außenbereiches schnell erreicht werden können, und
 - Tränkeeinrichtungen in ausreichender Zahl und verteilt angeordnet vorhanden sein.

Anforderungen an die Bodenhaltung von Legehennen

- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum verbunden sein, der mindestens einem Drittel der nutzbaren Stallfläche entspricht und mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet ist.

Anforderungen an die Haltung von Mastputen

- Der Stall muss gemäß den bundeseinheitlichen Eckwerten für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Jungmasthühnern (Broiler, Masthähnchen) und Mastputen vom 17. September 1999, Anlage 2 Mindestanforderungen für die Putenhaltung (Tierschutzbericht der Bundesregierung, Anhang 6, BT-Drucksache 14/5712), ausgestattet sein.
- Der Stall muss so bemessen sein, dass während der Endmastphase die Besatzdichte je m² nutzbarer Stallfläche bei Putenhennen maximal 35 kg Lebendgewicht und bei Putenhähnen maximal 40 kg Lebendgewicht nicht überschreitet.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorhanden sein.
- Der Stall muss mit einem befestigten Kaltscharrraum bzw. Wintergarten verbunden sein, der mindestens 800 cm²/Putenhahn und 500 cm²/Putenhenne umfasst und mit geeigneten, ausreichend bemessenen und gleichmäßig verteilten Staubbädern ausgestattet ist.
- Stallraum und Kaltscharrraum bzw. Wintergarten sind mit Vorrichtungen für Rückzugsmöglichkeiten und Beschäftigung (erhöhte Ebenen, Sichtbarrieren, Strohraufen) auszustatten.

Anforderungen an die Haltung von Masthühnern

- Der Stall muss gemäß den bundeseinheitlichen Eckwerten für eine freiwillige Vereinbarung zur Haltung von Jungmasthühnern (Broiler, Masthähnchen) und Mastputen vom 17. September 1999, Anlage 1 Mindestanforderungen für die Mast von Jungmasthühnern (Broiler, Masthähnchen) (Tierschutzbericht der Bundesregierung, Anhang 6, BT-Drucksache 14/5712), ausger-

tattet sein.

- Der Stall muss so bemessen sein, dass während der Endmastphase die Besatzdichte je m² nutzbarer Stallfläche maximal 25 kg Lebendgewicht nicht überschreitet.
- Es muss ein Stallabteil zur gesonderten Haltung von abgestoßenen, kranken oder verletzten Tieren vorhanden sein.
- Die nutzbare Stallfläche muss planbefestigt und ausreichend mit geeigneter trockener Einstreu versehen werden können.

Anforderungen an die Haltung von Enten oder Gänsen

- Der Stall muss so bemessen sein, dass während der Endmastphase die Besatzdichte je m² nutzbarer Stallfläche bei Mastenten maximal 25 kg Lebendgewicht und bei Mastgänsen maximal 30 kg Lebendgewicht nicht überschreitet.
- Der Außenbereich muss so bemessen sein, dass ein Weideauslauf von mindestens 2 m²/Mastente bzw. 4 m²/Mastgans zur Verfügung steht.
- Der Stall muss so beschaffen sein, dass den Tieren ein Auslauf und jederzeit zugängliche, ausreichend bemessene Bademöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Die Bademöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass die Enten oder Gänse den Kopf bis mindestens hinter das Auge ins Wasser stecken können. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, die die Bereitstellung von klarem Wasser für das Baden gewährleisten.

Anlage 2

(zu Nummer 3.3.3)

Umrechnungsschlüssel

Bei der Ermittlung des höchstzulässigen Viehbesatzes ist folgender Umrechnungsschlüssel anzuwenden:

Kälber (außer Mastkälber) und Jungvieh unter 6 Monaten	0,300 GV
Mastkälber	0,400 GV
Rinder von 6 Monaten bis zu 2 Jahren	0,600 GV
Rinder von mehr als 2 Jahren	1,000 GV
Equiden unter 6 Monaten	0,500 GV
Equiden von mehr als 6 Monaten	1,000 GV
Mutterschafe	0,150 GV
Schafe (außer Mutterschafe) von mehr als 1 Jahr	0,100 GV
Ziegen	0,150 GV
Ferkel	0,020 GV
Mastschweine:	
bei Betrachtung der gesamten Mastdauer	0,130 GV
oder bei zweistufiger Betrachtung:	
Läufer (Schweine von 20 bis 50 kg)	0,060 GV
Mastschweine (über 50 kg)	0,160 GV
Zuchtschweine	0,300 GV
Geflügel	0,004 GV

